

**Amt Brück
- Der Amtsdirektor -**

Eilvorlage
Gemeinde Planebruch

Eingang im Sitzungsbüro: 21.04.2026

Beschluss-Nr.: Pb-30-122/26

Aktenzeichen:

Amt: Bauen

Datum: 02.04.2026

Version: 2

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

☒**Betreff:** Damelang Straßenbau Dorfstraße, Nachtrag und Kostenanpassung**Kurzinfo zum Beschluss** Bestätigung der Eilentscheidung**Finanzielle Auswirkungen: Ja**Gesamtkosten: **658.000 €** Jährliche Folgekosten: €Finanzierung **555.000 €** Objektbezogene Einnahmen: **103.000 €**
Eigenanteil:Haushaltsbelastung: **üpl. 37.500 €**Veranschlagung: **Ja** mit **ab2022 620.578,37 €**Produktkonto: **54100 785207** FinanzH: **2026** ErgebnisH:**geprüft und bestätigt:**

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
GV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite**Unterschrift / Datum:**

Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: Pb-30-122/26

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Planebruch bestätigt die Eilentscheidung vom

17.04.2026 über die Erhöhung der Gesamtkosten **von 620.578,37 Euro auf 658.000,00 Euro.**

Der Amtsdirektor wird ermächtigt das 1. Nachtragsangebot – Nr.: 2025-146 zu beauftragen.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Planebruch beschließt zur Finanzierung der Unterdeckung von **37.421,63 Euro** Überplanmäßige Ausgaben.

Die Finanzierung erfolgt wenn möglich über die Refinanzierung des Eigenanteil Spielplatz Cammer über Beantragung Sondervermögen. Der Zahlungsfluss muss in 2026 erfolgen.

Produkt	Konto	Ansatz HH	Finanzierung
55100	783100	32.700,00 €	32.700,00 € Eigenanteil Spielplatz Cammer
11100	543105	2.500,00 €	2.000,00 € Rechtsberatung
36500	501201	... €	2.500,00 € Pesonalkosten Kita
			37.500,00 €

Sollte dies nicht möglich sein, erfolgt die Finanzierung über Einsparungen aus folgenden Konten:

Produkt	Konto	Ansatz HH	Finanzierung
54100	522100	30.000,00 €	10.000,00 € allg. Straßenunterhaltung inkl. Grün
11100	543105	2.500,00 €	2.000,00 € Rechtsberatung
54100	785102	10.000,00 €	10.000,00 € Planungskosetn Bauhofhalle
54100	782100	8.500,00 €	8.500,00 € Grundstücksankauf
54100	783200	4.000,00 €	1.100,00 € Arbeitsgeräte Bauhof
54100	526100	1.600,00 €	1.400,00 € Bes. Aufw. für Beschäftigte - Bauhof
36500	501201€	2.500,00 € Pesonalkosten - Kita
			37.500,00 €

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Begründung

Im Zuge der Bauausführung wurde vor Ort festgestellt, dass ein schadloses Ableiten des Regenwassers im nördlichen Bereich der Straßenführung nicht gewährleistet werden kann. Daher sind die bereits im Leistungsverzeichnis vorhandenen Bedarfspositionen der Entwässerung (Sickerrohr und Rinne) in Ansatz zu bringen. Das vorliegende 1. Nachtragsangebot – Nr. 2025-146 wurde durch das Planungsbüro fachlich und sachlich richtig gezeichnet. Die Nachtragssumme beläuft sich auf **32.109,57 Euro**. Die Umsetzung der zusätzlichen Maßnahmen ist unabdingbar.

Während der Erdbauarbeiten wurde ein vom Baugrundgutachten abweichender Boden vorgefunden. Um erhebliche Mehrkosten durch Bodenaustausch zu vermeiden wurde im Rahmen der Bauberatungen festgesetzt, dass der AN durch Aussieben die erforderliche Bodenqualität im Unterbau erlangen kann. Vorsorglich wurden Mehrkosten angemeldet. Die anfallenden Mehrkosten und / oder Abweichen sollten bis zur Schlussrechnung **10.000 Euro** nicht überschreiten.

Die baubegleitende Kostenverfolgung der Anlage zeigt einen Überblick inkl. Soll-Ist-Vergleich der Einzelkosten auf. Alle darin aufgeführten Kosten sind brutto (inkl. MwSt). Im Vergleich zur Beschlussvorlage Pb-30-279-24 sind die Kosten für Eingriff- und Ausgleich mit **7.000 Euro** konstant geblieben. Die Nebenkosten wie Archäologie, Baugrund, Vermessung und Rechtsberatung konnten mit **13.000 Euro** gesamt um 10.000 Euro (ursprünglich 23.000 Euro) reduziert werden.

Die Planungskosten sind im Zuge des Planungsfortschrittes zum einen an die Kostengrundlage (Kostenschätzung Amt vs. Kostenschätzung Planer) als auch im weiteren Verlauf durch eine Erhöhung der v.H.-Sätze aufgrund der Umplanung der Entwässerung angepasst worden. Die Prozente der Lph 3 wurden in Abstimmung mit dem AG von 19 auf 24 % erhöht, da aufgrund der Haushaltslage das Projekt umgeplant werden musste. Die Prozente der Lph 4 wurden in Abstimmung mit dem AG von 3 auf 8 % erhöht. Der Grund hierfür waren Änderungen in der LPH 4 aufgrund des neuen Wassergesetzes ab Okt. 2024. Die Planungskosten belaufen sich auf **61.166,62 Euro**. Die Anpassung des Planungsvolumens war unabdingbar.

Nach erfolgter Ausschreibung sind die Kosten und somit nach Abrechnung der Zufahrten auch die Einnahmen von zuletzt 75.000 Euro (Pb-30-92/25) auf **103.000 Euro** gestiegen. Diese sind im Haushaltsjahr 2028 angesetzt.

In Summe ergeben sich gegenüber bestehender Beschlüsse folgende Abweichungen (brutto):

	Pb-30-122/26	nach Auftrags- vergaben	Pb-30-92/25	Pb-30-279/24	Pb-30-203/22
Einnahmen Zufahrt	103.000,00€	103.000,00€	81.000,00€	75.000,00€	
Eigenanteil	555.000,00€	513.000,00€	593.000,00€	545.000,00€	
Gesamtkosten	658.000,00€	616.000,00€	674.000,00€	620.000,00€	
davon Planung	61.000,00€				45.000,00€

Die HH-Mittel wurden nach Auftragsvergabe der Bauleistungen entsprechend angepasst.

Aktuell sind **574.256,73 Euro** verfügbare Mittel im HH vorhanden, welche in Summe mit den bereits abgerechneten Leistungen in Höhe von 46.321,64 Euro max. verfügbare Gesamtkosten von **620.578,37 Euro** ergeben. Entgegen der aktuellen Kostenaufstellung unter Berücksichtigung aller Steigerungen (1.NT, Mehrkosten Bau, Planung) als auch

Einsparungen (Archäologie) in Höhe von ca. 658.000,00 Euro (exakt: 657.662,69 Euro) ist eine Unterdeckung von **37.421,63 Euro** festzustellen.

Bisher konnten alle Kostenschwankungen durch die verfügbaren Mittel abgefangen werden. Zur Beauftragung des 1.NT ist vorab ein Beschluss der Gemeindevertretung als auch eine valide Kostendeckung im Haushalt erforderlich.

Zur Finanzierung der Unterdeckung sind Überplanmäßige Ausgaben durch Einsparungen aus anderen Konten erforderlich.

Aus dem Beschlusstext ergibt sich, dass die Mehrkosten für den Straßenbau teilweise aus dem Eigenanteil (25 % = 32.625 €) – Beschaffung Spielgeräte (55100 783100) – erfolgen soll, sofern dieser mit zusätzlichen Einzahlungen aus dem Sondervermögen (zusätzlich zu dem bereits unter 61100 eingeplanten Sondervermögen) finanziert wird.

Voraussetzung für die Beschaffung der Spielgeräte ist ein rechtskräftiger Fördermittelbescheid über 75 % der geplanten Anschaffungskosten (ca. 97.800). Dieser liegt derzeit noch nicht vor. Um Mittel aus dem Sondervermögen – spätestens im III. Quartal - abrufen zu können, damit diese spätestens im IV. Quartal ausgezahlt werden, muss ein entsprechender Umsetzungsstand erreicht sein (Rechnungslegung). Ob das Sondervermögen verwendet werden kann, konnte noch nicht abschließend geprüft werden, insbesondere auch hinsichtlich der Wertgrenzen.

Praktische Umsetzung:

Die Voraussetzungen, um den Eigenanteil aus 55100 783100 zur Deckung der Mehrkosten verwenden zu können, liegen derzeit noch nicht vor.

Weil der Nachtrag zum Straßenbau jedoch schnellstmöglich beauftragt werden muss, werden zur Deckung der Mehrkosten die im Beschlusstext genannten Produktkonten in dem genannten Umfang zur Deckung verwendet, bis die Voraussetzungen zur Beschaffung der Spielgeräte vorliegen und Mittel aus dem Sondervermögen abgerufen wurden. Demzufolge können die in diesen Produktkonten geplanten Maßnahmen erst begonnen werden, wenn die Voraussetzungen vollständig vorliegen, und zur Deckung der überplanmäßigen Ausgabe – der geplante Eigenanteil aus 55100 783100 – verwendet werden kann (Fördermittelbewilligung + Abruf Sondervermögen oder negativer FM-Bescheid).

Eilentscheidung gemäß § 58 BbgKVerf.:

Der Hauptverwaltungsbeamte entscheidet im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung über die Erhöhung der Gesamtkosten **von 620.578,37 Euro auf 658.000,00 Euro**.

Der Amtsdirektor wird ermächtigt das 1. Nachtragsangebot – Nr.: 2025-146 zu beauftragen.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Planebruch beschließt zur Finanzierung der Unterdeckung von **37.421,63 Euro** Überplanmäßige Ausgaben.

Die Finanzierung erfolgt wenn möglich über die Refinanzierung des Eigenanteil Spielplatz Cammer über Beantragung Sondervermögen. Der Zahlungsfluss muss in 2026 erfolgen.

Produkt	Konto	Ansatz HH	Finanzierung
55100	783100	32.700,00 €	32.700,00 € Eigenanteil Spielplatz Cammer
11100	543105	2.500,00 €	2.000,00 € Rechtsberatung
36500	501201	... €	2.500,00 € Pesonalkosten Kita
			37.500,00 €

Sollte dies nicht möglich sein, erfolgt die Finanzierung über Einsparungen aus folgenden Konten:

Produkt	Konto	Ansatz HH	Finanzierung
54100	522100	30.000,00 €	10.000,00 € allg. Straßenunterhaltung inkl. Grün
11100	543105	2.500,00 €	2.000,00 € Rechtsberatung
54100	785102	10.000,00 €	10.000,00 € Planungskosten Bauhofhalle
54100	782100	8.500,00 €	8.500,00 € Grundstücksankauf
54100	783200	4.000,00 €	1.100,00 € Arbeitsgeräte Bauhof
54100	526100	1.600,00 €	1.400,00 € Bes. Aufw. für Beschäftigte - Bauhof
36500	501201	... €	2.500,00 € Pesonalkosten Kita
			37.500,00 €

Begründung:

Gemäß Haushaltssatzung der Gemeinde Planebruch § 5 Ziffer 3c ist bei **überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit über 5.000,00 Euro** ein Beschluss erforderlich. Die im HH für die Maßnahme veranschlagten und verfügbaren Mittel sind nicht ausreichend. Die Eilbedürftigkeit ist mit dem Baufortschritt begründet. Ein weiteres Verzögern der Beauftragung des 1.NA kann zu kostenpflichtigen Bauverzögerungen oder gar Baustopp führen. Zudem ist der Markt für Kunststoffrohre derzeit aufgrund der Ölknappheit angespannt und es ist mit Kostensteigerungen als auch Lieferproblemen zu rechnen.

gez.
Mathias Ryll
Amtsdirektor

17.04.2026
Datum

gez.
Dr. Stephan Burow
Vorsitzender der GV